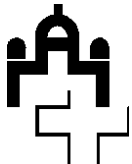


Ständerat

Conseil des États

Consiglio degli Stati

Cussegl dals stadis



20.316 s Kt. Iv. NE. Für ein Referendum zum Freihandelsabkommen mit dem Mercosur

Bericht der Aussenpolitischen Kommission vom 16. August 2021

Die Aussenpolitische Kommission des Ständerates (APK-S) hat an ihrer Sitzung vom 16. August 2021 die vom Kanton Neuenburg am 1. April 2020 eingereichte Standesinitiative gemäss Artikel 116 ParlG vorgeprüft.

Mit der Standesinitiative wird die Bundesversammlung aufgefordert, bei ihrer Genehmigung der Ratifikation dieses Abkommens zu prüfen, ob es nicht dem fakultativen Referendum unterstellt werden sollte.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 10 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Standesinitiative keine Folge zu geben.

Berichterstattung: Müller Damian

Im Namen der Kommission
Der Präsident:

Damian Müller

Inhalt des Berichtes

- 1 Text und Begründung
- 2 Stand der Vorprüfung
- 3 Erwägungen der Kommission



1 Text und Begründung

1.1 Text

In Ausübung seines Initiativrechts auf Bundesebene reicht der Grosse Rat des Kantons Neuenburg folgende Standesinitiative in Form der allgemeinen Anregung ein:

In Anbetracht dessen, dass:

1. der Bundesrat am 24. August bekannt gab, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und jene des Mercosur die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen in Buenos Aires in der Substanz abgeschlossen haben;
2. dieses Abkommen in verschiedenen Bereichen - allen voran im Agrarsektor - den Abbau von Zollschränken vorsieht (mit diesem Abkommen garantiert die Schweiz den Ländern des Mercosur im Vergleich zu den im Rahmen der Welthandelsorganisation [WTO] eingegangenen Verpflichtungen höhere Kontingente für Agrarexporte);
3. dieses Freihandelsabkommen mit dem Mercosur nur sehr schwache Kontroll- und Sanktionsmechanismen enthält für den Fall, dass die Vertragsstaaten ihre sozial- und umweltpolitischen Verpflichtungen verletzen;
4. es für ein so wichtiges Abkommen zentral ist, dass die Schweizer Bevölkerung darüber abstimmen kann, es jedoch noch nicht sicher ist, dass die Bundesversammlung bei ihrer Genehmigung der Ratifikation das Abkommen dem fakultativen Referendum unterstellen wird; wird die Bundesversammlung aufgefordert, bei ihrer Genehmigung der Ratifikation dieses Abkommens zu prüfen, ob es nicht dem fakultativen Referendum unterstellt werden sollte.

1.2 Begründung

Das Mercosur-Abkommen verfügt bei Verstössen über nur sehr schwache Kontroll- und Sanktionsmechanismen. Das Neuenburger Parlament verlangt mit dieser Standesinitiative, dass die Bundesversammlung dieses Abkommen der Schweizer Bevölkerung zur Abstimmung unterbreitet, falls es vom Bundesrat unterzeichnet wird.

Dieses Abkommen betrifft verschiedene Bereiche. Die Uhren-, die Pharma- und die Werkzeugmaschinenbranche würden von einer Unterzeichnung des Abkommens durch die Schweiz profitieren. Für die Landwirtschaft hingegen wäre dieses Abkommen problematisch, da sich dadurch der Konkurrenzdruck auf die heimische Agrarproduktion erhöhen könnte. Gemäss Artikel 104 der Bundesverfassung müssen Handelsabkommen zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen. Doch alles deutet darauf hin, dass dieses Abkommen nicht zur nachhaltigen Entwicklung beisteuern wird.

Dies beunruhigt die Schweizer Bevölkerung. Wir weisen darauf hin, dass für eine Petition zu diesem Abkommen 67 000 Unterschriften gesammelt wurden.

Abschliessend möchten wir festhalten, dass wir mit dieser Standesinitiative nicht verlangen, dass das Abkommen mit dem Mercosur nicht abgeschlossen wird, sondern lediglich wollen, dass das Volk - sollte das Abkommen von der Schweiz unterzeichnet werden - das letzte Wort hat.

2 Stand der Vorprüfung

Die Standesinitiative wurde am 16. August 2021 von der Aussenpolitischen Kommission des Ständerates vorgeprüft.



3 Erwägungen der Kommission

Der Vorsteher des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung, Bundesrat Guy Parmelin, versicherte der Kommission am 10. Februar 2020 im Rahmen einer Diskussion zum Mercosur-Abkommen, dass sein Departement dem Bundesrat empfehlen würde, dem Parlament zu beantragen, das Abkommen dem fakultativen Referendum zu unterstellen. Dies entspricht der neuen Praxis in Bezug auf Standardabkommen, welche der Bundesrat im August 2019 öffentlich kommuniziert hat (Medienmitteilung: «[Bundesrat verzichtet auf vereinfachte Genehmigung von Freihandelsabkommen](#)»). Die Kommission erwartet daher vom Bundesrat, dass er an der neuen Praxis festhält und in seiner Botschaft die Unterstellung des Mercosur-Abkommens unter das fakultative Referendum vorsieht.

Angesichts der bundesrätlichen Praxis sowie der Zusicherung von Bundesrat Parmelin sieht die Kommission das Anliegen der Standesinitiative bereits als erfüllt an und beantragt daher, ihr keine Folge zu geben.